



# Interviews

**Datum: 14. April 2023**

## **Nils Schmid, Außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion im Gespräch mit Bettina Klein**

**Bettina Klein:** In diesen Minuten äußert sich in Peking gerade Bundesaußenministerin Annalena Baerbock. Wir können über ihre Reise und die Ziele jetzt sprechen mit Nils Schmid (SPD), Obmann für seine Fraktion im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages. – Guten Morgen, Herr Schmid.

**Nils Schmid:** Guten Morgen, Frau Klein.

**Klein:** Es sind inzwischen Forderungen zu hören gewesen, Baerbock soll jetzt die Scherben des Macron-Besuches aufkehren. Wie müssen wir uns das vorstellen oder wie stellen Sie sich das vor? Was kann die deutsche Außenministerin dort aufkehren?

**Schmid:** Sie kann nicht das Geschäft von Macron machen, aber sie kann deutlich machen, dass gerade in der Taiwan-Frage es eine große europäische Einigkeit gibt, dass man den Status quo erhalten will und dass jegliche gewaltsame Veränderung, gar eine Einverleibung durch die Volksrepublik China mit Gewalt abgelehnt wird, und dass das schwerwiegende Konsequenzen haben wird. Das war immer unsere Haltung und das ist leider durch den Besuch von Macron etwas unklar geworden. Aber ansonsten haben wir an dem Macron-Besuch nichts weiter auszusetzen, denn er hat wie wir auch betont, dass es eine eigenständige europäische Handlungsfähigkeit in der Außenpolitik geben soll. In einer multipolaren Weltordnung kann es nicht nur um China und USA gehen; da muss auch Europa eine Rolle spielen und dazu brauchen wir ein geeintes Europa, gerade auch in der Taiwan-Frage.

**Klein:** Eine unklare Haltung, sagen Sie. Was genau muss sie da klarstellen?

**Schmid:** Sie muss klarstellen, dass angesichts der zunehmenden Bedrohungen, der Einkreisungsbemühungen, der Militärmanöver, auch der Drohungen der chinesischen Führung gegenüber Taiwan wir fest an der Seite des demokratischen Taiwans stehen und dass wir dessen wirtschaftliche Entwicklung unterstützen wollen. Schließlich ist auch Taiwan für uns ein wichtiger Handels- und Technologiepartner und die Weltwirtschaft ist auf freie Schifffahrtswege in der südchinesischen See gerade auch rund um Taiwan angewiesen.

**Klein:** War es ein Fehler vom französischen Staatspräsidenten, das so darzustellen, dass Europa damit eigentlich nichts zu tun habe?

**Schmid:** Das war sicher ein Fauxpas, aber der Besuch hat insgesamt darunter gelitten, dass Macron wahrscheinlich zu viel auf einmal wollte. Er wollte ein starkes europäisches Signal setzen, indem Frau von der Leyen als EU-Kommissionspräsidentin mitgereist ist, aber dann war es letzten Endes ein französischer Staatsbesuch und Frau von der Leyen wurde völlig an den Rand gedrängt. Macron wollte unbedingt Fortschritte bei der Unterstützung Chinas zur Lösung und zur Beendigung des Angriffskrieges Russlands in der Ukraine erreichen; da ist er keinen Schritt vorangekommen. Stattdessen hat er viele Aufträge für französische Unternehmen unterzeichnet. Das hat ein schiefes Bild entstehen lassen und wir sind uns in Europa einig, dass wir gegen das zunehmend aggressive Auftreten Chinas robust gegenhalten müssen. Das wird Frau Baerbock deutlichmachen.

**Klein:** Herr Schmid, Ihr Fraktionsvorsitzender Rolf Mützenich hat sich ja der Kritik durch Macron angeschlossen, zumindest in einem Punkt. Er hat betont, Europa dürfe nicht Partei werden in einer Auseinandersetzung zwischen USA und China, als könne Europa neutral bleiben. Sie haben da eine völlig andere Auffassung?

**Schmid:** Nein! Rolf Mützenich hat zurecht darauf hingewiesen, dass wir als Europäer alles dafür tun sollten zu deeskalieren, dass es nicht zu einem militärischen Konflikt kommt. Das ist uns ein wichtiges Anliegen. Aber gerade deshalb können wir auch nicht einfach es geschehen lassen, dass mit Gewalt China Taiwan sich einverleibt. Dazu braucht es glaubhafte Abschreckung und militärische Abschreckung geschieht durch die USA und ihre Alliierten in Ostasien. Und wir müssen politisch und diplomatisch Taiwan im Status quo bekräftigen, denn es kann nicht sein, dass dieser Status quo einseitig in Frage gestellt wird.

**Klein:** Aber das ist ja gerade der Punkt, Herr Schmid, wenn so getan wird, als sei das eine Auseinandersetzung zwischen USA und China und Europa könne sich da heraushalten. Sie haben gerade auch gesagt, das ist gar nicht der Punkt. Schon mal wirtschaftlich wäre Europa dann betroffen. Und Macron hat es auch so dargestellt, als sei eigentlich die USA der treibende Keil und China würde da nur reagieren. Um das noch mal klarzustellen: Gibt es einen Meinungsdisens auch zwischen Ihnen und dem Fraktionsvorsitzenden an der Stelle, oder teilen Sie diese Einordnung von Rolf Mützenich?

**Schmid:** Nein, ich teile nicht die Einordnung von Macron, dass Amerika die treibende Kraft in der Eskalation ist, sondern China hat ja in den letzten Jahren rund

um Taiwan und im südchinesischen Meer eskaliert, hat sich Territorien einverleibt, die China nicht zustehen nach internationalem Recht. Das hat auch der Internationale Gerichtshof festgestellt. Da ist es klar, dass wir eine zunehmend aggressive Politik Chinas sehen, und das kann uns Europäer nicht gleichgültig lassen, denn da geht es in der Tat einerseits um das demokratische Taiwan, das wir nicht im Stich lassen wollen, und andererseits auch um Gefahren für die Weltwirtschaft, wenn es dort zu einem militärischen Konflikt kommt. Deshalb können wir da nicht gleichgültig sein.

**Klein:** Schauen wir noch mal auf die europäische Perspektive. Das haben Sie auch gerade schon angerissen. Wieviel Sinn hat das eigentlich im Sinne einer gemeinsamen europäischen Haltung, wenn jetzt nach und nach die nationalen Vertreter in Peking anreisen, mit großen Wirtschaftsdelegationen – der Bundeskanzler war dort, Macron gerade drei Tage, hat dort auch schöne Bilder produziert, jetzt die deutsche Außenministerin, Sie haben es auch ein bisschen beschrieben? Man konnte den Eindruck bekommen, die Mitreise von der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, das war ein bisschen an den Rand gedrückt. Betreiben wir, betreibt nicht auch Deutschland weiter mit diese Strategie, dass einzelne Staaten dort hinfahren, Wirtschaft zählt am meisten, anstatt gemeinsam in einer europäischen Delegation zum Beispiel dort anzureisen?

**Schmid:** Genau das macht ja Deutschland nicht, dass wir nur an uns denken, sondern wir brauchen eine enge inhaltliche Abstimmung der Europäer in der China-Politik, und wir sollten vermeiden, ...

**Klein:** Entschuldigung! Zu einer gemeinsamen Reise zwischen Scholz und Macron ist es ja nicht gekommen.

**Schmid:** Wir haben ja gesehen, wohin solche Symbolaktionen wie gemeinsame Reisen führen, am Beispiel der Macron-von der Leyen-Reise. Die Chinesen haben das einfach gegeneinander ausgespielt und im Ergebnis ist die EU geschwächt und die Symbolik ist genau ins Gegenteil verkehrt worden. Deshalb halte ich von gemeinsamen Reisen nur begrenzt etwas.

Entscheidend ist, dass die Europäer mit der gleichen Sprache sprechen, und da war leider die Macron-Reise nicht besonders hilfreich, weil im Unterschied zu der Kanzlerreise ist die Botschaft zu Taiwan unklar gewesen, das Thema Menschenrechte nur am Rande vorgekommen, und im Unterschied zur Kanzlerreise hat Macron auch Business as usual betrieben, indem er milliardenschwere Großaufträge unterzeichnet hat, was der Kanzler nicht gemacht hat. Deshalb: Der Kanzler hat signalisiert seinen chinesischen Gesprächspartnern, es ist eine veränderte

China-Politik. Es wäre gut, wenn auch unsere europäischen Partner das signalisieren würden. Dazu bedarf es einer Abstimmung und nicht zwingend einer gemeinsamen Reise.

**Klein:** Kommen wir mal auf die Frage der wirtschaftlichen Beziehungen. Decoupling oder Derisking – das eine würde bedeuten, sich wirklich unabhängig zu machen von der chinesischen Wirtschaft, was zunächst kurzfristig, mittelfristig als schwierig angesehen wird. Jetzt hat von der Leyen den Begriff Derisking eingeführt. Das heißt, wir müssen unser Risiko der Abhängigkeit minimieren. Diese Wortwahl hat jetzt auch die Bundesaußenministerin wiederholt. – Herrscht bei diesem Punkt komplette Übereinstimmung, dass es auf ein Derisking hinauslaufen muss, innerhalb der Bundesregierung?

**Schmid:** Das ist innerhalb der Bundesregierung klar. Der Kanzler hat im Vorfeld seiner China-Reise in einem Meinungsbeitrag in der FAZ genau das gleiche gesagt. Es ist auch innerhalb der Europäischen Union Konsens, dass es darum geht, Risiken zu minimieren, Abhängigkeiten abzubauen und nicht eine komplette Entkopplung der Wirtschaftskreisläufe anzustreben. Insofern gibt es da nicht nur innerhalb der Bundesregierung, sondern auch in der EU eine große Übereinstimmung.

**Klein:** Dann fragt sich, weshalb gibt es diese gemeinsame China-Strategie der Bundesregierung noch nicht?

**Schmid:** Das ist ganz einfach zu erklären. Wir haben vereinfacht, erst die nationale Sicherheitsstrategie als Dachstrategie zu entwickeln. Die wird demnächst ins Kabinett kommen und dann auch sofort dem Deutschen Bundestag zur Debatte vorgelegt werden. Darauf aufbauend gibt es eine China-Strategie. Die wesentlichen Grundzüge sind im Koalitionsvertrag festgehalten. Da haben wir ja bewusst neue Akzente gesetzt, zum ersten Mal Taiwan genannt, das Thema Menschenrechte, das Thema Minderheitenrechte deutlich betont. Insofern ist der Rahmen abgesteckt durch den Koalitionsvertrag und das wird dann in der China-Strategie ausbuchstabiert.

**Klein:** Der Rahmen abgesteckt. Aber in Detailfragen gibt es noch Unterschiede?

**Schmid:** Das wird man sehen. Ich habe den Eindruck, dass die Magie der Koalitionsbildung da auch eine Rolle spielt. Unterschiedliche Positionen werden zusammengeführt zu was noch besserem. So ist es jedenfalls bei den Koalitionsverhandlungen zum Kapitel Außenpolitik, insbesondere zum China-Kapitel gelaufen und so wird es auch bei der China-Strategie laufen. Wir werden sehen: Deutsch-

land hat erkannt, dass China sich verändert hat, und das wird Niederschlag finden in der Handelspolitik, in der Außenpolitik, in der Wissenschaftspolitik. Genau das wird in dieser China-Strategie dann durchdekliniert.

**Klein:** Herr Schmid, wir spielen Ihnen mal kurz die Einschätzung Ihres Koalitionspartners der Grünen ein, namentlich Anton Hofreiter, Vorsitzender vom Europausschuss, gestern Früh an dieser Stelle in unserem Programm.

**O-Ton Anton Hofreiter:** „Es gibt auch innerhalb der Ampel genau über diese Fragen massive Diskussionen. Da ist FDP und Grüne auf der einen Seite und die SPD, tendenziell das Kanzleramt – das hat sich ja auch beim Hamburger Hafen gezeigt -, auf der anderen Seite. Und wir hoffen, dass wir in den nächsten Wochen und Monaten die SPD überzeugt bekommen, dass wir den Fehler, den wir bei Russland begangen haben, nicht bei China fortsetzen sollten.“

**Klein:** Soweit Anton Hofreiter. Er macht ganz klare Meinungsverschiedenheiten aus, sagte er gerade, zwischen FDP und Grünen auf der einen Seite und SPD, Kanzleramt auf der anderen. Hat er völlig Unrecht?

**Schmid:** Er hat weitestgehend Unrecht. Es mag im Detail unterschiedliche Auffassungen geben, auch von der Grundlinie. Wenn Sie mal nebeneinanderlegen, was Baerbock zum Antritt ihrer China-Reise veröffentlicht hat und was der Kanzler zum Antritt seiner China-Reise veröffentlicht hat, das ist fast wortgleich. Insofern wie gesagt: In einer Koalition gibt es immer unterschiedliche Parteien, die sich zusammenfinden, und manchmal kommt was richtig Gutes oder was Besseres raus als die Ausgangsposition. In der China-Politik ist genau das der Fall.

**Klein:** Der Eindruck war ja, dass Frau Baerbock sich da auf die SPD, auf das Kanzleramt zubewegt hat, indem sie ihre klaren Forderungen und kritischen Äußerungen zur Menschenrechtspolitik, was ja auch von Rolf Mützenich kritisiert wurde, etwas zurückgefahren hat. Stimmt dieser Eindruck nicht?

**Schmid:** Das würde ich jetzt nicht so sagen. Ich finde, dass in der Tonlage und auch in der Substanz, so wie der Kanzler seinen China-Besuch bestritten hat, das stilprägend für die gesamte Bundesregierung und für die China-Politik ist, und genauso wird das auch in der China-Strategie sich dann wiederfinden.

**Klein:** Ganz kurz noch abschließend eine Frage, Herr Schmid, weil Sie es gerade erwähnt haben: Den Hamburger Hafen. Da ist jetzt das Bundesamt für Sicherheit zur Erkenntnis gekommen, kritische Infrastruktur. Wird der Deal mit China jetzt so, wie er auf den Weg gebracht wurde, durchgezogen?

**Schmid:** Ich gehe davon aus, dass das weiterhin so laufen wird, denn man hat gerade bei der Beschränkung auf 24,9 Prozent der Besitzverhältnisse den Gesichtspunkt der kritischen Infrastruktur ja schon mitbedacht, denn die Häfen waren zum Zeitpunkt dieser Entscheidung schon als kritische Infrastruktur allgemein eingestuft. Jetzt ist das konkretisiert worden für den Standort Tollerort. Das ändert aber nichts, dass genau diese Abwägung die Bundesregierung vorgenommen hat und deshalb zu dem Schluss gekommen ist, dass eine Minderheitsbeteiligung von unter 25 Prozent vertretbar ist. Deshalb gibt es keinen Grund, was zu ändern.

*Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.*